Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

09.05.1995 - Beschlußprotokoll 74. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
74. Sitzung
09. 05. 95
Nr. 13/1032 — 13/1057

Nr. 13/1032

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Siebzehnter Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
vom 31. März 1995
(Drucksache 13/1181)

Nr. 13/1033

Folgende Tagesordnungspunkte wurden zurückgezogen:

1. Rundfunkstaatsvertrag zur Verbesserung des Jugendschutzes
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 31. Januar 1994
   (Drucksache 13/825)

2. Verjährungsverlängerung bei Volksverhetzung
   (Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes)
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 11. Oktober 1994
   (Drucksache 13/1007)
   1. Lesung

3. Ausschreibung von Stellen
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 18. Februar 1993
   (Drucksache 13/498)

Nr. 13/1034

Fragestunde

1. Strafantritt von Aribert Galla
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 27. März 1995

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Nachfrage „Tierquälerische Schlachtviehtransporte"
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 27. März 1995

Die Anfrage wird zurückgezogen.

3. Verletzung des Landesgleichstellungsgesetzes
   Anfrage der Abgeordneten Monika Harms, Kudella und Fraktion der CDU
   vom 3. April 1995

4. Verbot der PKK
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 3. April 1995

5. US-Hospital und Carl-Schurz-Gelände Bremerhaven
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 5. April 1995

6. Bremen/Bremerhaven auf der Hannover-Messe
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 5. April 1995

7. Schaufenster Fischereihafen — Aufstellung eines alten historischen Eiswagens als Anziehungspunkt für den Tourismus
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 6. April 1995

8. Zentrale Erfassungsstelle für NS-Verbrechen
   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 10. April 1995

9. Verlängerung der B 74 nach Farge
   Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 12. April 1995

10. Umsetzung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Maria Spieker (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 13. April 1995

11. Existenzbedrohung für Pro Familia
    Anfrage der Abgeordneten Maria Spieker, Dr. Elisabeth Hackstein und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19. April 1995

12. Förderung aus dem Investitionssonderprogramm für Bremerhaven
    Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 20. April 1995

13. Mietnebenkosten
    Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 24. April 1995

14. Investitionssonderprogramm
    Anfrage der Abgeordneten Heise, Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 24. April 1995

15. Anschläge auf türkische Einrichtungen
    Anfrage der Abgeordneten Neumeyer, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. April 1995

16. Abschiebung des Kurden Hüseyin B.
    Anfrage des Abgeordneten Ruffler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 3. Mai 1995

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1035

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/Gruppen kein Thema beantragt.

Nr. 13/1036

Errichtung einer Stiftung privaten Rechts „Hanse-Wissenschaftskolleg"
Mitteilung des Senats vom 7. März 1995
(Drucksache 13/1178)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Errichtung einer Stiftung privaten Rechts „Hanse-Wissenschaftskolleg" gemäß Artikel 101 der Landesverfassung zu und ermächtigt den Senat, entsprechend mit dem Land Niedersachsen zu verhandeln und damit verbundene Verpflichtungen einzugehen.

Nr. 13/1037

Entwurf einer Rahmenvereinbarung und Entwurf einer Zusatzvereinbarung zur Rahmenvereinbarung über einen Gebietsaustausch zwischen Bremen und Bremerhaven sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 14. März 1995
(Drucksache 13/1184)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entwurf einer Rahmenvereinbarung und dem Entwurf einer Zusatzvereinbarung zur Rahmenvereinbarung über einen Gebietsaustausch zwischen Bremen und Bremerhaven gemäß Artikel 101 Ziffer 6 der Landesverfassung zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/1038

Neuwahl bzw. Wiederwahl der Beisitzer und Beisitzerinnen für die Beschwerdeausschüsse für den Lastenausgleich (LAG) beim Senator für Arbeit und Frauen
Mitteilung des Senats vom 14. März 1995
(Drucksache 13/1185)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend den Wahlvorschlägen.

Nr. 13/1039

Sicherheit und Mobilität von Frauen
Mitteilung des Senats vom 14. März 1995
(Drucksache 13/1186)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1040

Verlegung der Einsatzkräfte „Wache Sandstraße" nach Huckelriede
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. August 1993
(Drucksache 13/609)

D a z u

Unterkunftswache der Bereitschaftspolizei Bremen
Mitteilung des Senats vom 21. März 1995
(Drucksache 13/1190)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1041

Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen (BremÖPNVG)
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 23. März 1995
(Drucksache 13/1193)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/1042

Mut zur Wahrheit
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 30. März 1995
(Drucksache 13/1195)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/1043

Absage an mediale Täuscher
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 30. März 1995
(Drucksache 13/1196)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/1044

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 55
vom 28. März 1995
(Drucksache 13/1197)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/1045

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 56
vom 18. April 1995
(Drucksache 13/1206)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/1046

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 57
vom 2. Mai 1995
(Drucksache 13/1217)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/1047

Nordstaat
Antrag der Gruppe der NK
vom 4. April 1995
(Drucksache 13/1198)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/1048

Keine Sozialhilfereform ohne Sozialreform
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 9. Mai 1995
(Neufassung der Drs. 13/1200 vom 05. 04. 95 und der Drs. 13/1218 vom 04. 05. 95)
(Drucksache 13/1221)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

   Das Sozialhilfegesetz von 1962 als Anspruchsgrundlage unterschiedlicher Leistungen und Hilfen hat sich für viele Menschen in Not bewährt.

2. Die eigentlichen Ursachen von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme liegen weder im System noch in der Handhabung der Sozialleistungen, sondern vor allem in unzureichenden vorrangigen Sicherungssystemen und hier insbesondere in den Mängeln der Arbeitslosensicherung, des Familienlastenausgleiches, des Wohngeldes und bisher auch in den Mängeln bei der Absicherung des Pflegerisikos.

3. Kern jeder Sozialhilfereform muß daher die Verminderung von Armutsursachen sein, die außerhalb der Sozialhilfe liegen.

   Daher sind als dringlichste Aufgabe auf Dauer sichere Arbeitsplätze zu schaffen, wie die vorrangigen sozialen Sicherungssysteme armutsfrei machen. Abzulehnen sind alle Bestrebungen der Bundesregierung, die auf einen Kampf gegen die Armen und auf eine weitere Beschneidung der bereits „gedeckelten" Hilfe zum Lebensunterhalt hinauslaufen.

   Die vorgesehene Verschärfung der Arbeitspflicht im BSHG dient insbesondere in Zeiten von Massenerwerbslosigkeit der Erzwingung untertariflicher Bezahlung und verfestigt das Problem der Armut.

   Eine weitere Aussonderung von Flüchtlingen verstößt zudem gegen den Gleichheitsgrundsatz und enthält den Flüchtlingen eine menschenwürdige Existenzsicherung vor.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einer Novelle des Bundessozialhilfegesetzes im Bundesrat nur insoweit zuzustimmen, als

   — vorrangige Sicherungssysteme wie die Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung, der Familienlastenausgleich und das Wohngeld verbessert und damit Sozialhilferisiken vermindert werden,

   — das nach dem Grundgesetz gebotene Existenzminimum im Bundessozialhilfegesetz gesetzlich geregelt und z. B. entsprechend der Rentenentwicklung fortgeschrieben wird,

- arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger in die aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsförderungsgesetz einbezogen werden und hilfsweise die materiellen Arbeitsanreize im BSHG verstärkt werden,
- das Wohngeld für Sozialhilfeempfänger auf 100 % der angemessenen Wohnkosten angehoben wird.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Programm „Hilfe zur Arbeit" als einen wichtigen Ausweg für Sozialhilfeempfänger/-innen aus der Sozialhilfebedürftigkeit qualitativ und quantitativ schrittweise auszubauen. Dazu gehören tarifliche Bezahlung als Regelfall, Ausbau der Qualifizierungsanteile und die Möglichkeit der Verlängerung der Verträge auf zwei Jahre.

Nr. 13/1049

Neunter Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeiten vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Dezember 1993

Mitteilung des Senats vom 4. April 1995
(Drucksache 13/1201)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1050

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft (Stand: 31. März 1995) vom 20. April 1995

(Drucksache 13/1207)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen Kenntnis.

Nr. 13/1051

Verbesserung der Situation in der Abschiebehaft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 20. April 1995
(Drucksache 13/1208)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/1052

**Bericht des nichtständigen Ausschusses „Medien"
vom 21. April 1995**

(Drucksache 13/1209)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Medien" Kenntnis.

Nr. 13/1053

**Bericht des nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes"
vom 24. April 1995**

(Drucksache 13/1210)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes" Kenntnis.

Nr. 13/1054

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes
Antrag des Datenschutzausschusses
vom 2. Februar 1995
(Drucksache 13/1139)
1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses und des Datenschutzausschusses vom 27. April 1995
(Drucksache 13/1216)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit Änderungen.

Nr. 13/1055

AIDS-Bericht 1991 bis 1993
Mitteilung des Senats vom 25. April 1995
(Drucksache 13/1212)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1056

Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer" unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
Mitteilung des Senats vom 25. April 1995
(Drucksache 13/1213)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/1057

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Jahresbericht zur Haushaltsentwicklung 1994 (Land und Stadtgemeinde Bremen)
Mitteilung des Senats vom 25. April 1995
(Drucksache 13/1211)

Druck: Hans Krohn, Bremen